



Nr. 42. Abend-Ausgabe.

Nennundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewoldt Zeitungs-Verlag.

Dienstag, den 17. Januar 1888.

Parlamentsbrief.

Berlin, 16. Januar.

Herr von Scholz hat seine große Budgetrede und das Abgeordnetenhaus seine summe Sitzung hinter sich. Der Etat wird erst heute Abend vertheilt werden, und was der Finanzminister vor dem Bekanntwerden desselben mittheilt, sind immer nur abgerissene Einzelheiten. Dieselben haben aber genügt, um das in der Thronrede gegebene Bild an einigen Stellen anders zu färben. Zuerst also: Die Aufbesserung der Gehälter der Geistlichen schrumpft auf einen so geringen Inhalt zusammen, daß man es kaum versteht, wie ihr in der Thronrede ein so breiter Raum gewährt werden könnte. Sie beläuft sich im Ganzen auf 700,000 Mark; ich glaube kaum, daß eines Ausgabepostens von diesem geringen Betrage schon jemals in der Thronrede Erwähnung geschehen ist. Freilich ist damit zu gleicher Zeit der Punkt bezeichnet, bei welchem die Debatte einhauen kann. Die Herren von Hammerstein und Stöcker werden den geringen Betrag bemängeln, und es liegt die Gefahr vor, daß die Summe auf Grund von Anträgen, die aus dem Hause heraus gestellt werden, vergroßert wird. Für die freisinnige Partei liegt um so mehr Veranlassung vor, sich auf den Standpunkt der grundsätzlichen Ablehnung zu stellen.

Die Uebernahme der Schullehrergehälter auf die Staatskasse wird an manchen Stellen Freude erregen, an anderen nicht. Diesem Angebot des Staates steht die Forderung gegenüber, daß das Schulgeld allgemein aufgehoben wird. Im Prinzip kann man sich ja damit nur sehr einverstanden erklären, allein wo bisher noch Schulgeld erhoben wurde, wird durch diese Maßregel die Belastung der Gemeinden nicht vermindert, sondern vermehrt werden. Mir ist bereits das Beispiel einer Dorfgemeinde mitgetheilt worden, die an Schulgeld das Dreifache von dem erhebt, was ihr jetzt als Staatszuschuß in Aussicht gestellt wird. Die Städte sind von den Wohlthaten des neuen Gesetzes nicht im Prinzip ausgeschlossen, allein die größeren Städte werden tatsächlich in sehr geringem Maße daran Theil nehmen. Je größer eine Stadtgemeinde ist, desto höher wird der Procentsatz, in welchem die städtischen Kosten, namentlich die Sorge für die Schulgebäude, die persönlichen Kosten überwiegen. Dass der Vorschlag, wie er von der Staatsregierung gestellt ist, keinen Anlauf zu organischer Reform in sich schließt, wurde vom Finanzminister ausdrücklich zugegeben und, so gut es gehen wollte, entschuldigt. Die Zeit sei zu kurz gewesen! Als ob an der organischen Verbesserung der Schulgesetzgebung bei uns nicht schon seit Menschenaltern gearbeitet würde! Der dritte Punkt sind die Ergebnisse der Eisenbahnverwaltung. Das abgelaufene Jahr hat keine Mehreinnahmen gegenüber dem Anschlage gebracht, sondern Mindererauflnahmen. Allein die Minderausgaben waren so überaus beträchtlich, daß sie dennoch ein günstiges Ergebniß herbeigeführt haben. Worin diese Minderausgaben bestehen, darüber sind die näheren Aufklärungen abzuwarten. Unter allen Umständen muß man voraussehen, daß sie nicht ein Ergebniß gebelebter wirtschaftlicher Verhältnisse sein können, und ebenso muß man annehmen, daß sie nicht mit so großer Plötzlichkeit hervorgetreten sein können, um als eine Überraschung zu wirken. Der Finanzminister hätte bei seiner vorjährigen Staatsrede auf dieselben vorbereitet sein können.

Die Schlusspointe des Finanzministers lief ungefähr auf den Sachen hinaus: Unsere Finanzverhältnisse haben sich gebessert, folglich bedürfen wir neuer Steuern. Diese Schlusspointe hinderte nicht, daß er bei der Cartellmajorität großen Beifall einheimste. Der Staat gestaltet

sich bei uns immer mehr zu dem Alles verschlingenden Leviathan. Er will immer mehr Aufgaben in seinen Bereich ziehen und bedarf dazu immer vermehrter Mittel.

Deutschland.

Berlin, 16. Jan. [Dankschreiben des Kaisers.] Auf die Glückwünsche des Central-Comités der deutschen Vereine vom Rothen Kreuz zum Jahreswechsel erwiederte der Kaiser in folgendem Schreiben:

Die Glückwünsche, welche Mir das Central-Comité zum Jahreswechsel dargebracht hat, haben Mich herzlich erfreut. Ich erwiedere sie, dafür aufrichtig dankend, mit der Versicherung, daß Ich die ernsten humanitären Bestrebungen der Vereine vom Rothen Kreuz, welche dem Wohle Meiner Arme gewidmet sind, fortbauernd mit dem lebhaftesten Interesse verfolge. Es erfüllt daher auch Mich mit großer Befriedigung, daß das Central-Comité, unablässig an dem weiteren Ausbau seiner Institutionen arbeitend, durch die Herstellung eines festen Organisationsplanes für die freiwillige Krankenpflege im Kriege hünftig voraussichtlich im Stande sein wird, den staatlichen Organen der Sanitätspflege in der Ausübung ihrer schwieriger, wenn auch dankbaren und ehrenvollen Thätigkeit, mit um so erfolgreicherer Wirksamkeit helfend und fördernd an die Seite zu treten. Ich gebe Mich indessen, auf Gottes Allweisheit vertrauend, der Hoffnung hin, daß die Zeit, in welcher den Vereinen vom Rothen Kreuz eine so ernste Aufgabe zufällt, zum Segen des ganzen Vaterlandes noch lange fern bleiben werde.

Berlin, den 13. Januar 1888.

gez. Wilhelm.

Berlin, 16. Januar. [Gesetzentwurf, betreffend die Verlängerung des Socialistengesetzes.] Es liegt nunmehr die Begründung des Gesetzentwurfs vor. Wir entnehmen derselben das Folgende:

Bei allen denjenigen, welche mit den verbündeten Regierungen der Überzeugung gewesen sind, daß die auf eine Verüchtigung der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung abzielenden Bestrebungen der sozial-revolutionären Umsturzpartei in wirksamer Weise nur vermittelst außerordentlicher gehegterer Wollmachtmittel bekämpft werden können, herrscht Einverständniß darüber, daß das Gesetz vom 21. October 1878 den Aufgaben, welche sich dasselbe gestellt hat, auch in neuerer Zeit im Großen und Ganzen gerecht geworden ist. Durch eine energische und umstüttige Handhabung seiner Bestimmungen ist es gelungen, die sozialdemokratische Bewegung in ihrer öffentlichen Verhältnissen in solchen Schranken zu halten, daß Deutschland von ernsteren Störungen der öffentlichen Ordnung und des öffentlichen Friedens, wie sie in anderen Ländern zu beklagen gewesen sind, verschont geblieben ist. Als weiterer bedeutsamer Erfolg ist die Thatache zu verzeichnen, daß bisher ein Uebernachern der sozialdemokratischen Bewegung auf die rein ländlichen Districte hat verhindert werden können. Gleichwohl wird nicht in Abrede zu stellen sein, daß in denjenigen Verhältnissen, welche seinerzeit zu dem Erlaß des Gesetzes vom 21. October 1878 geführt haben, eine Rendition im Sinne einer positiven Befreiung noch nicht eingetreten ist. Wie unter Anderem auch aus den Rechenschaftsberichten zu entnehmen ist, welche dem Reichstag über die auf Grund des § 22 des Gesetzes vom 21. October 1878 getroffenen Maßnahmen vorliegen, hat die Sozialdemokratie weder an Ausdehnung noch an Stärke eine Einbuße erlitten. Nach wie vor ist die sozialdemokratische Partei, was auch die letzten Reichstagswahlen wieder bestätigt haben, eine stregn in sich geschlossene Partei geblieben. Die der Partei zur Unterstützung der Wahltagitation aus dem Auslande und namentlich aus den Vereinigten Staaten von Nordamerika reichlich zugeschossenen Geldmittel haben den Zusammenhang der deutschen Sozialdemokratie mit den Umsturzparteien in anderen Ländern wiederum offen gelegt. Bei der Parteileitung stehen die revolutionären Tendenzen fortgesetzt im Vordergrunde. Anzeichen dafür, daß sich aus der sozialdemokratischen Bewegung eine auf den Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung stellende Reformpartei herausbilden werde, sind nirgend bemerkbar geworden.

Bei dieser Lage der Dinge, in der sich im Laufe der nächsten Jahre schwerlich ein Wechsel vollziehen wird, kann nach Ansicht der verbündeten Regierungen auf diejenigen Mittel, mit welchen seither der Kampf gegen

die Sozialdemokratie geführt worden ist, vorläufig nicht verzichtet werden. Im Interesse der Aufrechterhaltung der Ruhe und des inneren Friedens des Deutschen Reichs ist es dennoch für eine Pflicht der Gesetzgebung zu erachten, durch aperiodische Verlängerung der Gelungsdauer des Gesetzes vom 21. October 1878 diese Mittel auch fernerhin den Behörden des Reichs und der Einzelstaaten zur Verfügung zu stellen.

Nicht minder erscheint es aber geboten, bei der erneuten Erstreckung der Gelungsdauer des Gesetzes zugleich auf eine Beseitigung derjenigen Mängel Bedacht zu nehmen, welche sich bei der Handhabung einzelner Bestimmungen im Laufe der Zeit herausgestellt haben, und deren Fortbestehen den heilsamen Erfolg des Gesetzes in Frage zu stellen geeignet sein würde. Diese Mängel haben sich vornehmlich darin gezeigt, daß es troh aller Anstrengungen nicht möglich gewesen ist, der Verbreitung der sozialdemokratischen Druckschriften in dem nothwendigen Maße entgegenzuhalten. Ein Beleg hierfür findet sich darin, daß das erklärte Parteiorgan der deutschen Sozialdemokratie, der zu Bützow ercheinende „Sozialdemokrat“, unter der deutschen Arbeiterwelt nach zuverlässigen Ermittlungen gegen 10000 Abonnenten zählt. Ebenso sind die anarchistischen Blätter, die „Freiheit“ und die „Revolte“ zu Lübeck herausgegeben. „Autonomie“ in Deutschland in mehreren tausend Exemplaren verbreitet. Wird hierbei berücksichtigt, daß die einzelnen Nummern der vorgenannten Zeitungen, deren Tendenzen bei anderen Gelegenheiten genugsam charakterisiert worden sind, von einer verhältnismäßig großen Anzahl von Arbeitern gemeinschaftlich gehalten und gelesen werden, so wird es keiner weiteren Beweisführung bedürfen, daß ein derartig starker Vertrieb der sozialdemokratischen Prezedezeignisse mit Nothwendigkeit dahin führen muß, die Wirksamkeit und den Erfolg des Gesetzes vom 21. October 1878 zum großen Theile zu paralyzieren. Ueber die näheren Umstände, durch welche es gelungen ist, die verbotenen sozialdemokratischen Zeitungen und sonstigen Druckschriften zu dem angegebenen großen Umfang einzuführen, haben inzwischen die in neuerer Zeit an verschiedenen Orten gegen Führer und Anhänger der sozialdemokratischen Partei geführten Strafprocesse hinlänglichen Aufschluß gegeben. In denselben ist festgestellt worden, daß von der sozialdemokratischen Parteileitung in planmäßiger Weise in fast allen größeren Städten und anderen Industriencentren Verbindungen organisiert worden sind, und deren ausgesprochener Zweck darauf gerichtet ist, der sozialdemokratischen Parteipresse unter den Arbeitern Eingang zu verschaffen und überhaupt den auf Grund des Gesetzes vom 21. Octbr. 1878 getroffenen Anordnungen entgegenzuwirken. Den gegebenen Maßregeln, welche dazu dienen sollen, die Mängel dieses Gesetzes nachhaltig zu bejettigen und insbesondere die Verbreitung der verbotenen Druckschriften in wirksamer Weise als bisher zu verhindern, ist damit ihre Richtung gegeben. Dieselben werden den Verhältnissen, wie sie sich in Folge des geschilderten Vorganges der sozialdemokratischen Parteileitung gestellt haben, in besonderem Maße Rechnung tragen müssen und sich nicht darauf beschränken dürfen, diejenigen zu treffen, welche sich den Vertrieb der sozialdemokratischen Zeitungen zum unmittelbaren Geschäft machen. Vielmehr wird in gleicher Weise auch gegen diejenigen vorzugehen sein, welche den erwähnten Verbindungen angehören, um hierdurch, ohne den Vertrieb unmittelbar zu bejegen, die Verbreitung der verbotenen Druckschriften mittelbar fördern helfen oder auf andere Weise die Maßnahmen gegen die sozialdemokratische Bewegung zu vereiteln suchen.

Von diesen Gesichtspunkten aus ist vorgeschlagen worden, den Bestimmungen im § 22 des Gesetzes vom 21. October 1878, nach denen in gewissen Fällen auf eine Einschränkung des Aufenthalts erkannt werden kann, eine Erweiterung dahin zu geben, daß die gleiche Maßnahme auch dann in Anwendung gebracht werden kann, wenn auf Grund des § 129 des deutschen Strafgesetzbuchs eine Verurtheilung wegen Theilnahme an einer gegen das Gesetz vom 21. October 1878 gerichteten Verbindung erfolgt. Um dem Unwesen dieser Verbindungen zu steuern und deren weitere Verbreitung zu verhindern, ist dabei von dem Erforderniß der Feststellung, daß der Verurteilte sich die Agitation für die im § 1 Absatz 2 des Gesetzes bezeichneten Bestrebungen zum Geschäft mache, Abstand genommen.

Außerdem soll aber — und hierin liegt der Schwerpunkt der vorgeschlagenen Änderungen — sowohl in dem leichtbezeichneten Falle wie auch dann, wenn wegen Vertriebes verbotener Druckschriften oder wegen Beleidigung an einem verbotenen sozialdemokratischen Verein auf eine Freiheitsstrafe erkannt worden ist, außer auf Beschränkung des Aufenthaltes

Noblesse oblige.*)

[92]

Roman in drei Büchern. Von Friedrich Spielhagen.

Man ist an einer Seitenthür des Parkes angelangt. Die gnädige Frau will hier austreten und ist aus dem Wagen, als Neddermeyer, der ihr pflichtschuldig herausgeholfen will, noch nicht das rechte Bein über dem Sattel hat. Sie reicht ihm die Hand auf das Pferd hinauf und nickt ihm noch einmal zu, bevor sie die Pforte hinter sich schließt.

Wer sie den Parkweg heraufkommen sah, müßte sie aus einiger Entfernung für ein Mädchen in der Fülle jugendlicher Kraft und Schönheit halten: so ebennäsig ist der schlanke, hohe Wuchs, so elastisch der Schritt, so fliegend leicht und anmutsvoll jede Bewegung, wenn sie sich auf den Fußspitzen hebt, an einer hochstämmligen Rose zu riechen, oder sich bückt, ein seltenes Gras zu pflücken. Erst in der Nähe würde man, ohne sie minder schön, ja, jetzt wohl erst recht schön zu finden, wahrnehmen, daß die Rübe dieser feinen Züge einst von wilden Leidenschaften zerwühlt war, diese großen ernsten Augen einst von Verzweiflungstränen überstromt sind. Und dann würde man auch zu seinem Erstaunen bemerken, daß die Farbe des gekräuselten Haars der Dame, die doch sonst in dem Anfang der Zwanziger zu stehen scheint, ein gleichmäßiges Grau ist, und geneigt sein, es für ein wunderliches Spiel der Natur zu halten. In der That haben seiner Zeit auch vierundzwanzig Stunden hingereicht, das schimmernde Schwarzblau dieser Locken so umzuwandeln.

Ein kleines Mädchen, das mit anderen, die eines anderen Weges gegangen, eine leichte Gartenarbeit für den Abend beendigt hat, kommt daher und begrüßt, seitwärts tretend, die gnädige Frau mit einem kleinen Knir. Im nächsten Augenblick läuft sie auf dieselbe zu, legt die kleine Hand vertraulich in die jener und bleibt so an ihrer Seite — alles, als ob es sich von selbst verstände.

„Weißt Du, gnädige Frau, daß wir ein kleines Brüderchen haben?“ fragt die Kleine.

„Gewiß weiß ich das,“ erwiederte die Dame.

„Vater sagt, Du wirst am Ende böß sein, weil es schon das sechste ist. Warum soll es nicht das sechste sein?“

„Gewiß, warum sollte es nicht das sechste sein! Ich hätte selber gern sechs.“

„Warum hast Du keine Kinder?“

„Ich habe eines gehabt, sein Grab ist hinten im Park bei den hohen Fichten.“

„Weißt es ist auch noch ein anderes da — ein großes. Ist das den gnädigen Herrn sein?“

„Nein, der liegt im Meer begraben.“

„Wem gehört es denn?“

„Einem Freunde von mir.“

„Den hast Du wohl sehr lieb gehabt.“

„Ja, den habe ich sehr lieb gehabt. Und nun muß Du nach Hause, Liesing, daß die Mutter sich nicht ängstigt.“

Sie hat das Kind verabschiedet und wandelt weiter durch den Park, zuletzt durch einen Wald riesenharter Fichten, bis sie, aus demselben herausstretend, ihr Ziel für heute und für so manchen Abend erreicht hat: die Höhe des Hügels, auf dessen sanft abfallender Seite die beiden Gräber liegen, von denen sie eben mit dem Kinde gesprochen. Die Hügellehne ist ganz mit wilden Rosen überwuchert, und so sind es auch die beiden Gräber: das kleine und das große, die kein Stein belastet, kein Kreuz bezeichnet. Für sie, der diese beiden gestorben sind: — das süße Kind und der herrliche Mann — bedarf es eines Erinnerungszeichens nicht; und sie meint, daß die Menschen das evangelische: „Wenn Du aber fastest, so salbe Dein Haupt!“ schwerlich recht verstanden, oder es würde viel Schande prägen erspart werden, mit dem sie sich jetzt über den Mangel wahrer Erinnerung wegzutäuschen suchen.

Unter dem breiten Geäst der Fichte, die den anderen vorsteht, wie ein Führer seiner Schaar, ist eine einfache Bank. Auf die läßt sie sich nieder und blickt über die Hügellehne, in deren Büschen das Abendgold flimmt und die Insekten schwirren, durch die breite Deckung nach beiden Seiten weiter sich streckenden Uferwaldes auf die sille Fläche der See, in der sich der Wiederkehren der im Westen röhlich scheidenden Sonne spiegelt. Sie hat Jahre lang das Meer nicht sehen können, ohne von einem tiefen Schauder besessen zu werden, und sie hat deshalb den Anblick desselben sorgfältig vermieden. Jetzt hat sie die entsetzliche Erinnerung überwunden; ja, sie sucht den Anblick des Elementes wieder, welches ihr ein Bild ist des Kommens und Gehens, Steigens und Sinkens unserer Gedanken und Gefühle und der Ausgleichung der einzelnen inneren Erfahrung oder des äußeren Erlebnisses, — und seien sie noch so schmerzlich oder gewaltig, — mit dem Ganzen unseres seelischen Bestandes, nach welcher der denkende Mensch unablässig zu streben hat.

Am Horizont, auf den Wipfeln des Waldes ihr gegenüber erblässen die rosigen Eicher; in stumpfem Grün liegt die Halde zu ihren Füßen. Vom Meere her kommt ein kühlerer Hauch; sie hält sich enger in ihr Mantelchen und schlägt den Weg zum Schlosse ein, — einen andern, als den sie gekommen, und der sie zuletzt auf den stillen Schloßhof und zu dem großen Hauptportal führt. Es gab eine Zeit wo sie die Freitreppe nicht hinaufgehen konnte, ohne daß ihr Blick das Wappen oben gestreift hätte mit seiner Devise, nach der sie

stets zu leben gesucht, und die auch die seine gewesen, nach der er gelebt hat und gestorben ist. Heute schreitet sie die Stufen empor, ohne das Haupt zu heben. Was da oben geschrieben, es steht schon lange fest in ihrem Herzen; der tiefe Sinn, sie braucht nicht mehr darüber zu grübeln; die schwere Pflicht, — sie ist ihr eine liebe Gewohnheit.

In dem Bibliotheksaale hat das Mädchen die Lampe bereits angezündet. Sie setzt sich an den großen Schreibtisch. Da sind Rechnungen zu revidiren, Anschläge zu prüfen, ein Pachtcontract, der morgen abgeschlossen werden soll, in seinen Einzelheiten festzustellen. So arbeitet sie ununterbrochen mehrere Stunden. Sie überlegt sich nicht und braucht sich nicht zu überreisen: ihr Tag ist lang, da ihr einige wenige Stunden Schlaf genügen. Mitternacht ist gekommen, bevor sie an ihre Correspondenz gelangt. Sie hat an ihren Bruder zu schreiben, an ihren lieben Friedrich Perthes nach Gotha; nach Schweden, wo wieder einmal ein Baby angekommen ist.

Nun ist sie auch damit zu Ende. Sie lehnt sich sinnend in den Sessel zurück. Ihr Blick fällt auf ein Fach des Pultes, welches nur eine Correspondenz enthält und die längst abgeschlossen ist. Sie nimmt ein Packt Briefe heraus. Das große Papier mahnt an eine vergangene Zeit, ebenso auch die Tinte, welche bereits anfängt zu vergilben. Eigentlich lesen kann sie in den Briefen nicht mehr: sie kennt sie längst, längst auswendig Wort für Wort. Doch nimmt sie sie gern zur Hand — es ist ihr dann, als ob sie eine geliebte Hand berührte; doch liest sie gern darin, — es ist ihr, als ob sie eine geliebte Stimme hörte.

Ihr Blick fällt zufällig auf diese Stelle in einem Briefe aus Moskau:

— Das ist die entsetzliche Barbarei, zu der wir unsere Feinde gezwungen haben und durch die sie uns wiederum zur Begehung von Gräueltaten zwingen, die sonst ungeschehen geblieben wären. Oh, meine geliebte Freundin, mir steht das Herz, denke ich, dieses verderblichen Circels, der sich durch die Jahrtausende der Geschichte schlängt. Wird denn nie die Zeit kommen, in welcher der Mensch des Vorrechts, durch die Gabe der Vernunft geadelt zu sein vor aller Creatur, voll wird genießen; ein Mensch wird sein können, ohne daß man im Namen der Familienliebe, der Wohlfahrt des Vaterlandes, der Ehre der Nation und wie diese allmächtigen Götzen sonst heißen, Unmenschliches von ihm fordert? Wird sie niemals kommen, diese Zeit?“

Sie läßt den Brief auf den Schoß sinken. Ein trübes Lächeln schwelt um ihre Lippen.

„Niemals, geliebter Freund,“ flüsterte sie, „niemals!“

Ende.

auch auf den Verlust der Staatsangehörigkeit erkannt werden können.

Es soll nicht verkannt werden, daß es sich bei dieser Bestimmung um eine außerordentliche und einschneidende Maßregel handelt. Abgesehen hiervon, daß es nach dem Vorhergesagten nicht möglich sein würde, ohne schwerere Strafen dem Gesetze vom 21. October 1878 und den auf Grund derselben erlassenen Anordnungen Achtung und Erfolg zu sichern, wird die Notwendigkeit, auch die Expatriirung unter die Kampfesmittel gegen die Sozialdemokratie aufzunehmen, speziell durch die Erfahrungen begründet, welche bei der Handhabung des Gesetzes vom 21. October 1878 gemacht worden sind. Alle Wahrnehmungen stimmen darin überein, daß die nach dieser Vorchrift aus einem bestimmten Orte Ausgewiesenen in der Regel die Agitation für die sozialdemokratischen Lehren und Grundsätze an dem neuen Aufenthaltsorte, oft in verstärktem Maße, wieder aufgenommen und dieselbe damit häufig in Gegenden verpflanzt haben, welche bisher von der sozialdemokratischen Propaganda wenig oder gar nicht berührten waren. Diesen schwerwiegenden Nachtheilen einer bloßen Aufenthaltsbeschränkung, über welche in der letzten Zeit von den verschiedensten Seiten Klagen erhoben worden sind, und die insbesondere im Hinblick auf die ländlichen Distrikte zu ersten Besorgnissen Anlaß geben, wird wenigstens zum Theil dadurch vorgebeugt werden, daß die Möglichkeit geschaffen wird, sozialdemokratische Agitatoren unter bestimmten Voraussetzungen durch Übernahme der Staatsangehörigkeit von dem Gebiet des Deutschen Reiches überhaupt auszuschließen. Ihre weitere Rechtfertigung findet die vorgeschlagene Verschärfung der bisherigen Bestimmungen in der Erwägung, daß Diejenigen, welche die Existenzbedingungen des Staates verneinen und für die Herbeiführung des gewaltsamen Umsturzes der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung berufstätig ihre Kräfte einzusetzen, nicht den Anspruch darauf erheben dürfen, noch weiter Angehörige des Staates zu sein. Wenn daher der Staat derartige Personen aus seiner Gemeinschaft ausscheidet, so wird hierin ein berechtigter Grund zur Klage nicht gefunden werden können.

Im Übrigen sind für die praktische Handhabung der neuen Maßregel Vorschriften vorgegeben worden, welche eine über das Ziel hinausgehende Anwendung derselben auszuschließen geeignet sind. Zu diesem Zweck soll insbesondere die Expatriirung nur dann beschlossen werden dürfen, wenn auf die Zulässigkeit derselben durch den ordentlichen Richter erkannt worden ist. Auch soll die Ausführung eines derartigen Richterspruchs ausschließlich in die Hände der Centralbehörde des betreffenden Bundesstaates gelegt werden. Andererseits hat der Entwurf den Fall nicht unberücksichtigt lassen können, daß ein seiner Staatsangehörigkeit verlustig Erklärter das Indigenat gleichzeitig in mehreren Bundesstaaten besteht. Für solche Fälle wird es unumgänglich sein, der in einem Bundesstaat ausgesprochenen Entziehung der Staatsangehörigkeit, wenn sie die Befugnis zur Ausweisung aus dem Bundesgebiete begründen soll, die Wirkung beizulegen, daß mit ihr die Staatsangehörigkeit in jedem anderen Bundesstaate erlischt. Außerdem erscheint es nothwendig, um das gemeinsame Interesse des Reichs wie der einzelnen Bundesstaaten jeder möglichen Eventualität gegenüber sicher zu stellen, den Erwerb einer neuen Staatsangehörigkeit von der Genehmigung des Bundesrats abhängig zu machen. Dass das Erkenntnis auf Zulässigkeit der Entziehung der Staatsangehörigkeit gleichzeitig für die Landespolizeibehörde die Befugnis der Einschränkung des Aufenthalts begründet, erscheint zweckmäßig und liegt im Interesse der Verurteilung; es wird hierdurch die Möglichkeit offen gehalten, die militärische Maßregel in Anwendung zu bringen, falls diese im einzelnen Falle für ausreichend zu erachten sein sollte. Was die Strafbestimmung betrifft, so beruht dieselbe auf dem Umstande, daß die allgemeine Strafschrift in dem § 361 Nr. 2 des Strafgelebuchs für das Deutsche Reich, welche für den Fall der unbefugten Rückkehr eines Ausgewiesenen in das Bundesgebiet eine Haftstrafe im Höchstbetrage von sechs Wochen androht, nach den anderweit gemachten Erfahrungen nicht für ausreichend erachtet werden kann, um gegenüber den ihrer Staatsangehörigkeit für verlustig erklärten Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei, den Ausweisungsbeschlußen den gehörigen Nachdruck zu geben. Es bedarf daher umso mehr einer schärferen strafrechtlichen Vorschrift, als sich ohne dieselbe die Konsequenz ergeben würde, daß die Zuwiderhandlung gegen die Ausweisung mit einer gelinderen Strafe bedroht wäre, wie zufolge § 22 Absatz 3 des Gesetzes vom 21. October 1878 die Zuwiderhandlung gegen die Beschränkung des Aufenthalts.

Gegenüber der erwähnten Erfahrung, nach welcher unter den wirklichen und gefährlichsten Agitationsmitteln die Verbreitung verbreiter Druckschriften in erster Linie steht, haben sich auch die im Geschehe angedrohten Freiheitsstrafen als unzulänglich erwiesen. Namentlich ist diese Unzulänglichkeit dadurch hervorgetreten, daß die Gerichte eine in der derselben Person zusammenhängende Mehrheit von Zuwiderhandlungen gegen § 19 als ein sogenanntes fortgeschrittenes Vergehen aufzufassen pflegen und hiernach auf eine höhere Strafe nicht erkennen können, als auf die für eine einzelne Zuwiderhandlung im Höchstmaße angebrochene. Weiterhin hat es sich als ein Mangel des Gesetzes fühlbar gemacht, daß auch die berufsmäßigen Agitatoren nicht mit härteren Freiheitsstrafen getroffen werden können, als diejenigen, welchen nur einzelne Verirrungen zur Last fallen. Die Erwähnungen, welchen der Vorschlag des § 22a entzogen ist, führen auch dazu, die Freiheitsstrafen für die berufsmäßigen Agitatoren erheblich zu schärfen. Insbesondere der raffinierten Organisation, mit welcher verbreitete Druckschriften verbreitet werden, läßt sich nur mit Androhung und Verhängung von Strafen solcher Strenge entgegenwirken, daß sie geeignet sind, diejenigen abzuschrecken, welche geneigt sind, sich als Werkzeug herzugeben. Die Fähigkeit, auf solchem Wege zu entsprechender Abndungen zu gelangen, wird zugleich für viele Fälle das Bedürfnis juristischen Handelns, vor der Maßregel der Entziehung der Staatsangehörigkeit Gebrauch zu machen.

Hieran beruhen die Vorschläge zu §§ 19 und 22 und es ist nur, so viel den Zusatz zu § 19 anlangt, zu bemerken, daß es zweckmäßig erscheint, den Begriff der Verbreitung in seiner Anwendbarkeit auf gewisse Arten der Verbreitung sicherzustellen, welche erfahrungsmäßig von der Agitation ausgeleitet zu werden pflegen.

Als eine Lücke des Gesetzes ist es endlich zu empfinden gewesen, daß die auf dem Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung gerichteten Bestrebungen in strafloser Weise in das Ausland verlegt werden können. Die vom Auslande aus betriebene Verbreitung verbreiter Druckschriften wird im Inlande in der Person der Verbreiter strafrechtlich fahrlässig, die Teilnahme an einer gesetzwidrigen Verbindung, welche im Auslande ihren Sitz hat und auf den Umsturz des bestehenden auch in Deutschland gerichtet ist, macht den Inländer strafrechtlich verantwortlich schon dadurch, daß er der Verbindung angehört; für die Teilnahme aber an im Auslande abgehaltenen Verhandlungen, welche Umsturzwecken dienen, besticht

im Inlande keine strafrechtliche Verantwortlichkeit. Der Staat sieht ruhig zu, wie jenseits seiner Grenzen an seiner Verstörung gearbeitet wird, und er erwehrt sich seiner Feinde selbst dann nicht, wenn sie in seinen Mächtbereich zurückkehren.

Mit welchem Erfolge dies ausgenutzt wird, zeigen die im Auslande abgehaltenen Congresse, in welchen die staatsgefährlichen Bestrebungen immer neue Stärkung finden. Sowohl ist auch die Theilnahme an inländischen solchen Versammlungen an sich nicht strafbar; allein in Bezug auf diese ist ein Schutz möglich und im Gefege vorgenommen durch polizeiliche Überwachung und durch Verbot der staatsgefährlichen Versammlungen, und man kann sich begnügen, die Zuwiderhandlungen gegen das Verbot unter Strafe zu stellen. Im Auslande aber versagen diese Schutzmaßregeln und es bleibt kein anderes Mittel übrig, als die Bedingung der Strafbarkeit in den Charakter der Versammlung selbst zu verlegen. In solcher Weise dem hervorgetretenen dringenden Bedürfnisse abzuholzen, ist der Zweck des vorgeschlagenen § 25a.

In Vorstehendem findet der vorgelegte Gesetzentwurf seine Begründung. Zu erwähnen bleibt nur noch, daß es zweckmäßig erscheint, die Geltungsdauer des Gesetzes vom 21. October 1878 bei seiner abermaligen Verlängerung auf einen größeren Zeitraum zu erstrecken. In Folge dessen ist eine Geltungsperiode von fünf Jahren in Vorschlag gebracht worden.

[Ergänzung zum Reichshaushaltsetat.] Dem Bundesrat ist eine Ergänzung des Entwurfs zum Reichshaushaltsetat für das Staatsjahr 1888/89 zugegangen und zwar werden für das Auswärtige Amt gefordert 61000 Mark, davon 58000 Mark für die Errichtung einer Kaiserlichen Botschaft in Madrid an Stelle der bisherigen Gesandtschaft, und zwar soll das Gehalt des Botschafters auf 100000 Mark, das der zwei Botschaftssekreter auf 12000 Mark und 7200 Mark, des Kanzleivorstandes auf 9000 Mark, des Botschaftsanalisten auf 6300 Mark, des Kanzleidiener auf 2100 Mark gebracht werden. Diese 58600 Mark entfallen auf die fortlaufenden Ausgaben. Als einmalige Ausgaben sind 2500 Mark zur Herbeiführung der noch in Olympia zurückgebliebenen Architekturstücke eingestellt. Für die Post- und Telegraphenverwaltung werden als einmalige Ausgaben 6300000 Mark zum Ankauf der im Eigenthum der verengten deutschen Telegraphengesellschaft zu Berlin befindlichen beiden Telegraphenkabel zwischen Worton und Lowestoft und zwischen Greetsiel und Valencia gesordnet. In einer besonderen Denkschrift wird die Notwendigkeit und Bedeutung dieses Ankaufs dargelegt und mitgetheilt, daß die Übertragung und der Eigentumsübergang am 1. Januar 1889 stattzufinden hat. Von den vorstehend genannten Summen sind die 6300000 Mark aus der Anleihe und die 61000 Mark aus Matricularbeiträgen zu decken.

G. Cassel, 15. Januar. [Pfarrer Thummel und Buchhändler Wiemann] legen gegen das am 13. d. M. ergangene Urtheil hiesiger Strafkammer Revision ein.

Frankreich.

[Über den Untersuchungsrichter Bigneau] wird dem „N. W. Tgbl.“ aus Paris, 12. Jan., geschrieben: Herr Bigneau zählt heute fünfzig Jahre und hat seine Carrière im Jahre 1869 im Städtchen Dreux als Friedensrichteradjudik begonnen. In Dreux befindet sich die Grabstätte der Familie Orleans; ein guter Theil der städtischen Gründe und die Umgebung meilenweit ist Eigenthum des jüngeren Bourbonenlinie. Ob aus diesem Umstand die orleanistischen Verbindungen und die entsprechende Gefüning dieses Richters der Republik herzuleiten sind — das mag dahin gestellt bleiben. Thatsache ist, daß seitdem Herr Bigneau mit der Wilson'schen Angelegenheit betraut wurde, er es als seinen Lebenswerk betrachtete, den so berühmt gewordenen „Schwiegersonn“ auf die Anklagebank zu versezten. Es war die Weisung ergangen, während der Untersuchung Herrn Wilson, was auch gegen ihn vorliegen möge, auf freiem Fuß zu belassen. An diese Weisungen mußte sich Bigneau halten, aber er rägte sich, indem er eine Reihe der vertraulisten Mitarbeiter Wilson's, welche nicht dieselbe Immunität genossen wie ihr „Patron“, in Bewahrungshalt nahm. Er gab diesen Leuten zu verstehen, daß es doch wirklich hieße die Einfalt zu weit zu treiben, wenn sie gegen einen solchen Chef noch Rücksichten üben würden, der frei herum ginge und seine Getreuen im Sich lasse. Ganz besondere Werth legte Herr Bigneau auf die Aussagen Ribaudeau's der seit zwanzig Jahren das vertraute Factotum des Herrn Wilson war. Ein Landsmann des „Schwiegersonn“, wirkte Ribaudeau, bereits bei der ersten Wahl Wilson's im geschebenden Körper im Jahre 1869 mit, und seither wurde er von seinem Grüner in allen möglichen Angelegenheiten und Missionen verwendet. Bigneau merkte gleich, daß nur, wenn dieser Mann das, was er wußte, verrathen würde, gegen Wilson in wirksamer Weise vorgegangen werden könnte. Gleich bei dem ersten Verhör merkte der Untersuchungsrichter, daß Ribaudeau sich selber zu opfern bereit sei, um seinen Chef nicht zu compromittieren. Trotzdem die Verhöre fünf, sechs, ja bis sieben Stunden dauerten, trotzdem Herr Bigneau alle seine Überredungskünste anwendete, war aus diesem „treuen Diener seines Herrn“ nicht das geringste herauszubekommen. Am Schlusse eines dieser Verhöre war es, daß, als Herr Ribaudeau fragte, er falle vor Hunger zusammen und möchte gerne nach Hause zum Speisen gehen (Ribaudeau befand sich noch auf freiem Fuß), daß Herr Bigneau den Einwand erhob: „Nein, wenn Sie jetzt nach Hause gehen, werden Sie sich mit Herrn Wilson verständigen... Sie sind hungrig, ich auch, speisen wir zusammen! Sie haben doch nichts dagegen, mit einem Richter zu dinieren?...“ Uebrigens wenn ich aus meinem Cabinet trete, bin ich nicht mehr Beamter.“ So verließen die Beiden, der Verhöre und der Verhöre, den Justizpalast in Gesellschaft des Protokollanten, der sich ihnen, einem Wink seines Vorgesetzten folgend, anschloß, um sich nach einem am Quai befindlichen Restaurant zu begeben, wo — die Fama behauptet es — die wie alle übrigen Pariser sterblichen zer-

streuungsbürgern Richterpersonen ihre „parties fines“ abzuhalten pflegen. In einer Chambre séparée wurde getaselt und mit Champagner volckt. Über Ribaudeau war auf der Hut, trank mäßig und blieb wie im Verhörrimmer verschlossen. Sehr ärgerlich, forderte Herr Bigneau seinen Tischgenossen auf, mit ihm in das Palais de Justice zurückzukehren, da er noch einige Fragen an ihn zu richten hätte. Kaum in seinem Cabinet angelangt, erklärte Bigneau den Mann, mit dem er eben noch angefochten hatte, für verhaftet und ließ ihn sofort in eine Zelle abführen. — Gewiß im Ambigu-Theater ein effectvoller Schlager! Am nächsten Tage spielte sich die „Komödie der Irrungen“ mittels des Telephones ab, indem Herr Bigneau von einer in der Nähe der Avenue de l'Impérial gelegenen Cabine mit Herrn Legrand ein Ferngespräch anfangt und sich dem Großindustriellen gegenüber, dem Wilson die Ehrenlegion für 60000 Francs verschafft haben soll, für seinen Freund Wilson ausgab. Er erkundigte sich, ob er „den Bigneau gut hineingeritten habe und ob die mit der Rattazzi gewechselten Briefe in Sicherheit wären“. Der arglose Legrand erzählte nun Alles, was der Untersuchungsrichter wissen wollte, und Bigneau eilte zum Staatsanwalte, um diesem seine Entdeckung mitzutheilen. Zuerst beglückwünschte der General-Procurator den Richter zu seiner Geschicklichkeit. Als nun aber Herr Bigneau erzählte, was für ein Husarenstücklein er zu seiner Entdeckung gelangt war, geriet der Staatsanwalt förmlich außer sich vor Entrüstung. „Solche Mittel“, rief er, „sind nicht einmal einem Polizeipolizist gestattet; Herr, Sie haben die richterliche Würde entehrt.“ Justizminister Fallières machte gleichfalls aus seiner Entrüstung kein Hehl und forderte Herrn Bigneau auf, seine Entlastung zu geben. Dieser aber bemerkte, er hätte bloß seine Pflicht gehabt, und blieb auf seinem Posten. „Dann“, erwiderte Fallières, „wird Ihre Cassirung morgen im Amtsblatte stehen.“

Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

8. Breslau, 16. Januar. [Landgericht. Strafkammer I. — Landfriedensbruch.] Auf der Hundsfelder Chaussee liegt in der Nähe des Gasteauses „Zur Neuen Welt“ ein Tanzlocal mit Restaurante „Zur Sängerslust“ genannt. Unter den in diesem Local verkehrenden Gästen befanden sich Anfang v. J. auch eine ganze Anzahl Lehrlinge und im gleichen Alter mit ihnen stehende Arbeiter. Der Gattwirth Andrei, welcher auf strenge Hausröhrung hält, verbot den jungen Leuten, als sie gelegentlich einmal Scandal machten, den ferneren Besuch seines Locals. Trotz dieses Verbots erschienen am Sonntag, 6. März, in den Abendstunden wiederholt mehrere derselben in „Sängerslust“. Aufs Neue fortgewiesen, lehrten sie nach der „Neuen Welt“, von wo sie gekommen waren, zurück. Später traten sie in stärkerer Zahl bei Andrei wieder ein. Dieser machte, als seiner Aufforderung, das Local zu verlassen, nicht entsprochen wurde, kurzen Prozeß, er nahm einen Ochsenzitter von der Wand und trat damit den lärmenden Burschen entgegen. Wer ihm nicht auswich, erhielt einen oder mehrere Schläge. Auf diese Weise hatte Andrei die Burschen, deren Zahl etwa 20 betrug, bis vor die Haustür gebracht, er schloß dieselbe hinter ihnen ab. Die tumultuanten entfernten sich aber nicht, sondern rissen von dem zum Andrei'schen Grundstück gehörigen Gartenzaun fast jeder eine Latte ab. Während einzelne von ihnen mit den Latten gegen die Tür und Fenster schlugen, warfen ein anderer Theil mit Steinewertern gegen die Fenster. Andrei trat noch einmal, und zwar diesmal mit einem Revolver bewaffnet, unter die Menge und gab, um sie zu schrecken, mehrere blonde Schüsse über ihre Köpfe hinweg ab. Dies wirkte; die Burschen verließen nunmehr den Chausplatz.

Da Andrei die Namen mehrerer Tumultuanten kannte, so wurde auf die von ihm erstattete Anzeige gegen diese die Untersuchung wegen Haus- und Landfriedensbruchs eingeleitet. Die festgenommenen bezeichneten in den einzelnen mit ihnen vorgenommenen Verhören ihre damaligen Gezögern, auf die Weise konnte die Anklage schließlich auf 16 Personen ausgeweitet werden.

Diese 16 Angeklagten standen am Sonnabend vor der I. Strafkammer zur Aburteilung. Obgleich sie sämtlich im Alter von 15 bis 22 Jahren standen, und die größere Zahl sogar unter 18 Jahre alt war, so hatten doch mehrere schon kleinere oder größere Vorstrafen erhalten, und zumeist auch bereits verbüßt; nur der Arbeiter Jagel wurde aus der Strafschaft vorgeführt, die Uebrigens befanden sich auf freiem Fuße. Die Anklage richtete sich gegen die Arbeiter Adolf Griebsch, August Lorke, Gustav Jagel, Ernst Lorke, Ernst Sachni, Hermann Ritsche, Karl Ciesielski, Johann Gräber, August Elias, Paul Zimmerling und Julius Neumann, sowie gegen den Schlosserlehrling Friedrich Pietsch, die Tischlerlehrlinge Julius Tischmann und Karl Wittig, den Steinputzherler Martin Gerber und den Hüttenmeister Johann John.

Aus den eigenen Zugeständnissen der Angeklagten oder den Beichtungen der Mitangeklagten, oder aber durch die Aussagen des Gattwirths Andrei und einiger anderer Zeugen gewann der Gerichtshof die Überzeugung von der Schuld der meisten Angeklagten, nur Elias und Neumann wurden Mangels jedes Beweises freigesprochen. August Lorke, Pietsch und Griebsch wurden außer wegen Landfriedensbruchs auch wegen Hausfriedensbruchs verurtheilt, die Uebrigens hatten sich nur an dem vor dem Hause stattgehabten Tumulte beteiligt, sie wurden deshalb des Landfriedensbruchs für schuldig erklärt.

Jagel erhielt mit Rücksicht auf seine Vorstrafen eine Zusatzstrafe von 1 Jahr Gefängnis, August Lorke und Pietsch je 7 Monate Gefängnis, Ciesielski und Griebsch je 9 Monate, Ritsche 4 und Tischmann 3 Monate Gefängnis, die übrigen Verurtheilten je 6 Monate Gefängnis. Ritsche und Tischmann konnten gemeinschaftlich mit den 2 Freigesprochenen Elias und Neumann, den Sitzungsaal verlassen, dagegen wurden Pietsch, Griebsch, Ernst und August Lorke, Sachni, Wittig, John, Gräber, Zimmerling und Ciesielski sofort in Haft genommen, weil wegen Höhe der Strafe bei einem Fluchtversuch für vorliegend angenommen wurde. Jagel wurde in die Strafschaft zurückgeführt.

Gegen Gerber, der nicht rechtzeitig erschien war, fand besondere Verhandlung statt; auch für ihn wurde bei Verurtheilung zu 6 Monaten Gefängnis die Haftnahme beschlossen.

Futter den Vorübergehenden zum Kauf an. Das Geschäft ging nun glänzend, bald war der Borrath zu Ende, ja, es kamen Goldstücke herangeflogen, mit welchen man Anzahlungen auf Futterlieferungen, die erst in den nächsten Tagen effectuirt werden sollen, leistete. Als die Prinzessin schon eine hübsche Summe besammeln hatte, legte sie noch eine Bantnote aus dem Eigenen ins Körbchen, dann lief das liebliche Mädchen feelenvergnügt zu ihren Schwestern.

Ein schreckliches Ende fanden nach einer Depesche aus New-York 200 Auswanderer auf der Fahrt nach dem Westen. Dieselben wurden, wie üblich, in einen eigenen Wagen untergebracht, und dieser ward als letzter dem Zuge nach California angehängt. Unweit von Sumner in California trennte sich dieser Wagen von dem Zuge, lief eine Weile fort, schlug bei einer scharfen Biegung um und rollte den 80 Fuß hohen Damu hinab. Der Wagen, der mit Ofen versehen war, geriet in Brand, und von den 200 Insassen blieb kein Einziger unverletzt. Eine große Anzahl blieb auf der Stelle tot; von den Uebrigen erlitten die Meisten teils durch den Brand, teils auch durch den Sturz derart gefährliche Verwundungen, daß wohl nur eine winzige Anzahl mit dem Leben davongekommen. Hilfe kam sehr spät und leider nicht in ausreichendem Maße.

Der wackelige Bahn. Die „W. A. Tg.“ läßt sich aus London folgende spleenige Gedichte berichten: „Die 55jährige ledige Elisabeth Margeson, Besitzerin eines jährlichen Einkommens von rund 10000 Pfund Sterling, fühlte das dringende Bedürfnis, sich zu vergessen. Mitte? Ettritt mir das Testament — in welchem sie, nebenbei bemerkt, ihr ganzes Vermögen wohlthätigen Stiftungen vermacht — die diesbezügliche Stelle lautet folgendermaßen: „Dieser Tage war ich bei Freunden zu Gaste gekommen, man servierte zum Dessert Krachmandeln, und ich verlegte mir mit einer derselben einen Bahn. Am nächsten Morgen ging ich zu einem Arzte, und dieser sagte mir, ich hätte mir den Bahn in der Wurzel erkratzt und werde denselben in kürzer Zeit verlieren. Gott sei Dank, daß ich einen Ausweg fand, um diese schreckliche Verunstaltung nicht erleben zu müssen!“

Findt an dieser Stelle jetzt drei Burgmauern verschiedener Seiten sichtbar: den inneren Ring bildet die alte pelasgische Burgmauer; dicht vor ihr zieht sich die ionische, aus Porosquadern erbaute hin, und vor dieser ist die Türkennmauer aus Bruchsteinen, Ziegeln und Mörtel errichtet.

Vom Malkasten. Aus Düsseldorf, 14. Januar, wird berichtet: Gestern hat die jährliche General-Versammlung des Künstler-Vereins „Malkasten“ stattgefunden. Der ausscheidende Vorstand wurde mit Ausnahme des Herrn Bezin, welcher eine Wiederwahl abgelehnt hatte, wiedergewählt. An die Stelle des Herrn Bezin ist Herr Carl Gehrtz getreten. Herr O. Jernberg verlas den Jahresbericht, in welchem mit besonderer Wärme der einmütige Geist, welcher in der Künstlerkraft herrschte, betont wurde. Von dem Künstler-Unterstützungsverein war ein Dankesbrief für die Zuwendung der Ueberschüsse aus dem Tonhallenfeste eingelaufen; die obigen Vereine zugeschickte Summe beträgt 52000 M. Die Künstlerkraft wird auch in diesem Jahre ein Fastnachfest veranstalten. Die Kunsthalle hat nunmehr die Aufgangsschwierigkeiten überwunden, der Käfigfonds ist complet und es können von jetzt ab jährlich mehrere Tausend Mark zum Ankaufe von Bildern für die städtische Gemäldegalerie verwendet werden. Der andere Theil des Ueberschusses kommt statutgemäß dem Künstler-Unterstützungsverein zu gute.

Photographie der Plejaden. Den Gebrüderen Henry in Paris ist es umkämpft gelungen, eine Photographie der Plejaden, nach einer Exposition von 5 Stunden, zu erhalten, welche bedeutend mehr Nebelmaterie anzeigt, als die besten der früher erhaltenen Photographien.

Am Eingange des Hyde-Park in London — so wird „W. A. Tg.“ berichtet — stand vor einigen Tagen ein gebürtiges Weiblein und den Vorübergehenden grünes Vogelfutter zum Kauf an. Niemand achtete ihrer, die Arme schauerte vor Frost und kauerte sich neben ihr Körbchen auf den Boden. Unter den Promenierenden befanden sich auch die Töchter des Prinzen von Wales: eine derselben wurde der alten Frau ansichtig, und die jungen Damen berieten nun, was man für sie thun könnte. Kurz entschlossen elte Prinzessin Maud zur alten Frau, nahm das Körbchen auf, stellte sich neben die Frau und bot das

Provinzial-Zeitung.

Breslau, 17. Januar.

Katholischer Arbeiterverein. Am 15. d. M. hielt der katholische Arbeiterverein unter dem Vorsitz seines Präses, des Canonicius Dr. Franz, im St. Vincenz-Hause eine außerordentliche Generalversammlung ab. Den einzigen Gegenstand der Tagesordnung bildete die Beratung über einige Änderungen in dem Statut der neu zu begründenden Sterbekasse. Dieselben gelangten nach den Vorschlägen des Präsidiums einstimmig zur Annahme. Nach Schluß dieser Verhandlungen wurde die Sitzung als die statutenmäßige Plenarversammlung fortgesetzt. Es hielt demnächst Canonicus Dr. Franz eine längere Ansprache, in deren Eingange er das Papstwahlkäum und die sozialen Zustände der romanischen Länder Europas behandelte. Hierauf gab der Vortragende seinem Bedauern Ausdruck, daß ein kleines Häuflein Schreie eine neue Art von Culturkampf in Scene setze, durch Vorträge, welche jeden Katholiken auf das Tiefste verleben müßten. Wenn dies Treiben, welches schon in den Werkstätten zu gegenwärtiger Höhehöhung der Arbeiter unter einander geführt habe, gar nicht aufhöre, bliebe ihm (dem Präses) trotz aller Abneigung dagegen schließlich nichts anderes übrig, als mit gleicher Würde die Angriffe zu erwidern. Im katholischen Arbeitervereine habe man sich bis jetzt mit peinlicher Sorgfalt objectiv verhalten, um nicht den Sozialdemokraten mit der Uneinigkeit in den christlich geprägten Arbeiterkreisen ein Vergnügen zu bereiten. Zu dem müßten sich in den Kämpfen der Gegenwart alle positiv-gläubigen Elemente zusammenfinden und mit Aufrachslauf aller confessionellen Gegenseite die Hände reichen zur gemeinsamen Abwehr der drohenden sozialen Gefahren. Eines wahren Volksfreundes Aufgabe sei es, nicht zu beginnen, sondern in den christlichen Arbeitervereinen die Gemeinschaft der christlichen Überzeugung zu pflegen und eine feste Phalanx zu bilden gegen den Ansturm der Socialdemokratie. Zum Schluss betonte Dr. Franz unter dem Beifall der Versammlung die Notwendigkeit einer durchgreifenden Arbeiterschutzgesetzgebung. — Am 28. d. M. begeht der katholische Arbeiterverein die Feier seines Stiftungsfestes.

Über Apothekenverkäufe in Oberschlesien wird dem „Oberschl. Anz.“ folgendes geschrieben: Die in den letzten Jahren erfolgten Besitzveränderungen bei den Apotheken im Regierungsbezirk Oppeln haben in den weitauft meistens Fällen eine erhebliche Steigerung der Apothekenpreise erfahren lassen. Im Jahre 1886 fanden folgende Verkäufe statt: Die im October 1880 für 295 000 M. gekaufte Einhornapotheke in Ratibor wurde im November 1886 für 385 000 M. von dem Apotheker Dr. Greiner erworben; die 1876 neu concessionierte Liebtsche Apotheke in Kattowitz ging im October 1886 in den Besitz des Apothekers Herzberger über und wurde mit 225 000 M. bezahlt; der Apotheker Wiesner in Antoniushütte verkaufte seine im August 1882 mit 117 000 M. bezahlte Apotheke im Januar 1886 an den Apotheker Freudenthal für 150 000 M.; Overber verkäuften seine 1868 mit 36 000 M. bezahlte Apotheke in Landsberg im Juli 1886 für 53 000 M. an den Apotheker Hiersemelz; Apotheker Reide kaufte 1879 seine Apotheke in Lublin für 66 000 M. und verkaufte dieselbe im Juli 1886 für 117 000 M. an den Apotheker Suchanek. Im Jahre 1887 fanden folgende Besitzveränderungen statt: Freudenthal in Antoniushütte verkaufte seine 1886 für 150 000 M. gekaufte Apotheke im Februar 1887 für 160 000 M. an den Apotheker Friedländer; Hiersemelz die im Juli 1886 mit 53 000 M. bezahlte Apotheke in Landsberg im April 1887 für 68 000 M. an Lagodzki; Leisterer schon im October 1887 wieder für 66 000 M. an Rybicki; die 1876 für 141 000 M. gekaufte Gerstelsche Apotheke in Laurahütte ging im April 1887 für den Preis von 195 000 M. in den Besitz des Apothekers Courant über und der Apotheker Gierlowski in Peiskretscham verkaufte seine 1882 für 97 000 M. erworbene Apotheke im Januar 1887 für 109 500 Mark an den Apotheker Tipper. Außerdem sind in neuester Zeit auch die Apotheken von Todtmann in Grottkau und Hoffmann in Zabrze mit großem Ruhm verkauft worden. Aus diesen Angaben geht hervor, daß sich der Werth der Apotheken seither bedeutend erhöht hat, oder doch, daß dieselbe bei entsprechender Ausnutzung noch recht steigerungsfähig ist.

Personal-Nachrichten. Angestellt: Caplan Carl Koziol als Präbendar in Pleß O/S. — Seelsorger Emil Nicolaus in Wilau als Pfarrer in Rabien. — Caplan Anton Prause in Prohnan als Curativerweser in Märzdorf. — Pfarradministrator Paul Balder als Pfarrer in Camenz. — Pfarrer Joseph Dembonzot in Boischau als Pfarrer in Brzesz. — Curatus Paul Stinner in Harpersdorf als Pfarrer in Döse. — Kreisvicar Johannes Heptner in Kojet O/S. als Pfarrer in Sacrau. — Seelsorger Paul Greger als Pfarrer in Baumgarten. — Pfarradministrator Augustin Sauer als Pfarrer in Spremberg. — Pfarradministrator Hugo Paul als Pfarrer in Heinersdorf und Communitar Richard Barnert in Sudoll als Seelsorger in Poln.-Obersdorf.

Striegau. Gestern feierte der hiesige Verein zum Schutz der Thiere in Richters Hotel sein 28. Stiftungsfest. Zu demselben hatten sich die Mitglieder und Gäste zahlreich eingefunden. Der stellvertretende Vorsitzende, Lehrer Friedrich, eröffnete die Festversammlung mit einem Vortrage über die Bestrebungen und Er-

folge der deutschen Thierschutzvereine im lehrtversloffenen Jahre. Der Vortragende schloß mit einem begeisterten Hoch auf den Kaiser. Demnächst folgten theatralische Aufführungen und Gesangswohrtage. Den Schluß des Festabends bildete ein geselliges Vergnügen. Von dem ersten Vorsitzenden, Commerzienrat Bartisch, sowie von den in Breslau lebenden Ehrenmitgliedern, Departements-Thierarzt Dr. Ulrich, Hauptmann Jänicke, Particular Schmidt und Cantor emer. Krause, waren Glückwunschkarten eingegangen.

Telegramme. Original-Telegramme der Breslauer Zeitung.)

Vom Kronprinzen.

* San Remo, 17. Jan. Die leichtfertigen Gerüchte von einem auf den Kronprinzen geylanten Attentate sind darauf zurückzuführen, daß die Polizei in Cannes die hiesige Polizei von einer socialistischen Bewegung in Cannes verständigte. Diese Bewegung steht aber dem Kronprinzen ganz fern. Das Verbinden des Kronprinzen ist befriedigend. Die Blättermeldung von dem Auftreten einer neuen Geschwulst ist nach der vor mir eingezogenen Information durchaus unwahr. Dr. Mackenzie wird im Februar hier erwartet.

* Paris, 17. Januar. Im Norden Frankreichs wurden zwei als Nomen verkleidete Spione verhaftet. — Die Opportunisten sind entrüstet über die gestriges Schwäche des Cabinets. Die Rechte forderte den Sturz des energielosen Ministeriums.

* London, 17. Januar. Ein Moskauer Telegramm meldet, der Zar sprach auf den Glückwunsch der Moskauer Stadtvertretung in einem Rekript an den Fürsten Dolgorukow die Hoffnung aus, das beginnende Jahr werde ein Jahr des Friedens und Gedehns sein.

Aus Paris wird gemeldet: Flourens macht diplomatische Anstrengungen, um zwischen Russland, England und Frankreich ein Einvernehmen herbeizuführen.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau.)

München, 16. Januar. Der Petitions-Ausschuß der Kammer beschloß einstimmig, die Petition der Würzburger Centrum-Wahlmänner auf Abänderung des Landtags-Wahlgesetzes der Regierung zur Erwagung zu überweisen.

Paris, 16. Jan. Kammer. Der Minister des Innern erklärte im Laufe der Debatte, die früheren Ministerien glaubten nicht, die vorliegende Frage entscheiden zu sollen. Waldeck-Rousseau führte verschiedene Umstände an, wo die früheren Ministerien die Präventionen des Pariser Municipalrats zurückgewiesen, und erinnert daran, daß sich der Staatsrat für die Installation eines Seine-Präfector im Hotel de ville ausgesprochen habe; es sei also kein Zweifel mehr möglich, daß die Regierung einen Präfector ohne vorherige Anfrage bei der Kammer im Stadthause installiren könne. Gesetz veralteten nicht und verlören nur in schwachen Händen an Wirkung. (Beispiel im Centrum.) Goblet erklärt, er könne sich nicht auf denselben Standpunkt stellen wieder vorhergehende Redner. Er zögerte niemals, dem Gesetz zu widerlaufennde Akte für nichtig zu erklären. Wenn man aber Ungezüglichkeiten unterdrücken müsse, so sei auch nothwendig, Provocationen zu vermeiden; deshalb sei er als Minister selbst nach dem Ausspruch des Staatsrats nicht zur Installation eines Präfector im Hotel de ville geschritten, da er die Frage für zweifelhaft erachtete. Er glaube, daß der Gesetzentwurf nicht in verschiedene Theile zerlegt werden könnte. Die Interpellation scheine einen politischen Hintergrund zu haben, indem man eine Gelegenheit zur Auflösung der Kammer suche und hoffe, aus Neuwahlen Nutzen für die jetzige republikanische Minorität und die Rechte zu ziehen. Tirard vertheidigt sich lebhaft gegen die Unterstellung eines Bündnisses mit der Rechten. Die Regierung wolle mit der republikanischen Majorität leben, ihr Programm beseitige aufreizende Fragen. Akte des Municipalrats könnten wohl die Auflösung desselben rechtfertigen, aber es sei nicht gut, die Wähler durch wiederholte Zusammenberufungen zu ermüden. Es gebe noch eine andere Lösung, die Schwierigkeiten zu beseitigen, dieselbe bestehne darin, dem Präfector eine Wohnung im Hotel de Ville anzugeben. Die

Paris, 16. Jan. Kammer. Der Minister des Innern erklärte im Laufe der Debatte, die früheren Ministerien glaubten nicht, die vorliegende Frage entscheiden zu sollen. Waldeck-Rousseau führte verschiedene Umstände an, wo die früheren Ministerien die Präventionen des Pariser Municipalrats zurückgewiesen, und erinnert daran, daß sich der Staatsrat für die Installation eines Seine-Präfector im Hotel de ville ausgesprochen habe; es sei also kein Zweifel mehr möglich, daß die Regierung einen Präfector ohne vorherige Anfrage bei der Kammer im Stadthause installiren könne. Gesetz veralteten nicht und verlören nur in schwachen Händen an Wirkung. (Beispiel im Centrum.) Goblet erklärt, er könne sich nicht auf denselben Standpunkt stellen wieder vorhergehende Redner. Er zögerte niemals, dem Gesetz zu widerlaufennde Akte für nichtig zu erklären. Wenn man aber Ungezüglichkeiten unterdrücken müsse, so sei auch nothwendig, Provocationen zu vermeiden; deshalb sei er als Minister selbst nach dem Ausspruch des Staatsrats nicht zur Installation eines Präfector im Hotel de ville geschritten, da er die Frage für zweifelhaft erachtete. Er glaube, daß der Gesetzentwurf nicht in verschiedene Theile zerlegt werden könnte. Die Interpellation scheine einen politischen Hintergrund zu haben, indem man eine Gelegenheit zur Auflösung der Kammer suche und hoffe, aus Neuwahlen Nutzen für die jetzige republikanische Minorität und die Rechte zu ziehen. Tirard vertheidigt sich lebhaft gegen die Unterstellung eines Bündnisses mit der Rechten. Die Regierung wolle mit der republikanischen Majorität leben, ihr Programm beseitige aufreizende Fragen. Akte des Municipalrats könnten wohl die Auflösung desselben rechtfertigen, aber es sei nicht gut, die Wähler durch wiederholte Zusammenberufungen zu ermüden. Es gebe noch eine andere Lösung, die Schwierigkeiten zu beseitigen, dieselbe bestehne darin, dem Präfector eine Wohnung im Hotel de Ville anzugeben. Die

Kammer habe nur einen derartigen Willen zu äußern und die Sache werde morgen ins Werk gesetzt werden. Es sei unerlässlich, diese Frage zu regeln. Wenn der Municipalrat sich darauf nicht einlassen wolle, werde er aufgelöst werden. Tirard ersucht die Kammer, für den Antrag, dem Seine-Präfector eine Wohnung im Hotel de Ville anzugeben, die Dringlichkeit zu beschließen. Hierauf wurde die gemeldete Tagesordnung angenommen.

Paris, 17. Jan. Die gemäßigten republikanischen und monarchistischen Zeitungen bedauern, daß die Regierung nicht mehr Energie zeigte gegenüber dem Municipalrat von Paris. Die radicalen Blätter finden, die gestriges Verhandlung habe das Fortbestehen der Allianz zwischen der Rechten und den Anhängern Jerry's dargelegt.

Wasserstands-Telegramme.

Breslau, 16. Jan., 12 Uhr Mitt. O.-P. — m, U.-P. — 0,38 m
— 17. Jan., 12 Uhr Mitt. O.-P. — m, U.-P. — 0,31 m.

Handels-Zeitung.

* Fallimente. In Mailand haben der „V. Z.“ zufolge, in den letzten Tagen drei Firmen der Seidenbranche falliert. Die Firma Francesco Caravaglia stellte ihre Zahlungen ein in Folge des Falliments des Hauses Arlin in Lyon. Die vorgeschlagene Abmachung mit 35 p.C. ist noch nicht angenommen worden. Ein zweiter Fall betrifft die Firma Augusto Noyen mit 700 000 Frs. Activen und 500 000 Frans Passiven. Der Schaden trifft hier meistens Händler in Seidenstoffen. Endlich hat auch der Seiden-Commissionär Sormani Francesco seine Insolvenz erklärt.

* Vom Tabakhandel. Nach der „Berl. Volkszeit.“ droht dem Handel von Hamburg und Bremen ein recht empfindlicher Schlag. Nach einer Mitteilung aus Havanna ist dort nämlich eine mit grossem englischen Capital unterstützte Gesellschaft in der Bildung begriffen, welche den Tabakhandel, der bis jetzt ausschließlich in deutschen und nordamerikanischen Händen ist, monopolisieren und den Hauptstapelplatz für Havanna-Tabak nach London verlegen will. Dadurch würde in erster Reihe Hamburg, in zweiter Bremen treffen werden, da in beiden Plätzen, besonders in Hamburg, der Hauptmarkt für Havanna-Tabak ist. Bis jetzt sind alle früher gemachten Versuche, London zum Mittelpunkt des europäischen Tabakhandels zu machen, an dem Umstand gescheitert, dass dort der durch den hohen Eingangssatz bedingte Verkehr in den steuerfreien Lagern für den Tabakhandel mancherlei Unbequemlichkeiten mit sich bringt; es scheint, dass man darauf rechnet, der Anschluss Hamburgs und Bremens an den Zollverein werde auch dort für den Handel in Tabak solche Unbequemlichkeiten schaffen, dass London mit Aussicht auf Erfolg in Wettbewerb treten kann. Es wird sich also darum handeln, für den Verkehr in den Freihafen gebieten beider Hansastädte solche Bequemlichkeiten zu schaffen, dass weder Verkäufer noch Käufer eine Aenderung des Zustandes empfinden. Dann dürften alle Anstrengungen englischer Capitalisten zur Verlegung des Tabakmarktes vergeblich sein.

* Russlands Spiritusexport nach Spanien. Das Odessaer Börsen-Comité hat eine Commission eingesetzt, die u. a. einen Antrag erörtern soll, der die Eröffnung einer subventionirten Dampfschiffahrts-Verbindung zwischen Odessa und Petersburg fordert, und zwar unter der Bedingung, dass die Dampfschiffe die Häfen Spaniens anlaufen, um den Export von Spiritus dorthin zu vermitteln. Auf diese Weise würde sich für die russischen Exporteure ein neuer Weg für direeten Spiritusabsatz eröffnen. Die russischen Dampfer würden in gleicher Weise aus den nördlichen, wie aus den südlichen Häfen des Landes Spiritus nach Spanien laden können.

(B. T.) * Schmieröl aus dem Stein- und Pflanzenreiche. Aus dem im gestrigen Abendblatte erwähnten Bescheide des kgl. bairischen Staatsministeriums des Innern, betreffend die Verwendung des Rübels als Schmieröl, könnte man vielleicht folgern, dass bei den dortigen Staats-eisenbahnen Rüböl zu Schmierzwecken nicht Verwendung findet; dies ist aber nicht der Fall, denn für das Jahr 1888 wurden von der königl. bairischen Staats-eisenbahn-Verwaltung über 5000 Centner Rüböl zur Lieferung ausgeschrieben. Wie gross aber im Allgemeinen die Verwendung des Rübels als Schmiermittel ist, geht wohl am besten daraus hervor, dass nach einer uns zugegangenen Mitteilung die hiesige vereinigte Breslauer Oelfabriken-Aktien-Gesellschaft für das Etatjahr 1887/88 an die

COURS- O Blatt.

Breslau, 17. Januar 1888.

Berlin, 17. Jan. [Amtliche Schluss-Course.] Fest.

Eisenbahn-Stamm-Aktionen. Cours vom 16. 17.

Cours vom 16.	17.
Pr. 31½% St.-Schldsch	100 10
Preuss. 4% cons. Anl.	107 —
Galiz. Carl-Ludw.-B.	77 90
Pr. 31½% cons. Anl.	101 10
Gotthardt-Bahn.	116 60
Pr. 31½% cons. Anl.	109 20
Warschan-Wien.	136 50
Pr. 31½% cons. Anl.	107 20
Lübeck-Büchen.	155 20
Posener Pfandbriefe	102 10
do. do. 31½%	98 80
Breslau-Warschau.	52 80
Ostpreuss. Südbahn.	107 40
Ostpreuss. Südbahn.	107 30

Eisenbahn-Prioritäten. Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen.

Oberschl. 31½% Lit.E.	99 80
do. 4½% 1879	104 40
do. 4½% 1879	104 40
R.O.-U.-Bahn 4% II.	—
Mähr.-Schl.-Cent.-B.	47 10

Deutsche Bank. Disc.-Command. ult. 190 — 191 30

Disc.-Command. ult. 190 — 191 30

Italienische Fonds. Italienische Rente.

Oest. 4% Goldrente	88 50
do. 4½% Papier.	88 50
do. 4½% Silberr.	64 50
do. 1860er Loose.	111 90
Poln. 5% Pfandbr.	54 30
do. Liqu.-Pfandbr.	49 20
Rum. 5% Staats-Obl.	92 70
Schles. Rentenbriefe	104 30
Posener Pfandbriefe	102 10
do. do. 31½%	98 80
Breslau-Warschau.	52 80
Ostpreuss. Südbahn.	107 40
Ostpreuss. Südbahn.	107 30

Industrie-Gesellschaften. Industrie-Gesellschaften.

Brsl. Bierbr. Wiesner	44 90
do. Eisenb.Wagenb.	98 —
do. verein. Oefab.	70 90
Hofm.Waggonfabrik	88 10
Oppeln. Portl.-Cemt.	92 10
Dortm. Union St.-Fr.	67 90
Schl. Zinkh. St.-Act.	137 70
do. St.-Pr.-A.	139 —
Bochum.Gusssthl.ult	134 50

Ausländische Fonds. Ausländische Fonds.

Italienische Rente.	94 40
Oest. 4% Goldrente	88 50
do. 4½% Papier.	88 50
do. 4½% Silberr.	64 70
do. 1860er Loose.	111 90
Poln. 5% Pfandbr.	54 30
do. Liqu.-Pfandbr.	49 20
Rum. 5% Staats-Obl.	92 70
do. 6% do. do.	104 50
Schl. Pferdebahn.	130 —
Erdmannsdorf. Spinn.	58 —
Kramsta Leinen-Ind.	111 90
do. Orient-Anl. II.	53 10
do. 4½% B.-Cr.-Pfdr	

Kgl. preussischen Eisenbahn-Verwaltungen über 32 000 Ctr., Reichseisenbahnen in Elsass-Lothringen 4 000
Grossl. Badische Eisenbahn-Verwaltung 7 000
geliefert hat. Für das Etatjahr 1888/89 sind indessen bei fast allen Verwaltungen grössere Quantitäten zur Lieferung ausgeschrieben worden.

Zur Lage der Segelschiffahrt wird dem „B. T.“ aus Bremen geschrieben: In Folge der rapiden Ausbreitung der Frachtdampfer ist die Lage der Segelschiffahrt seit geraumer Zeit sehr bedrängt. Auch von der Zukunft dürfte eine Besserung kaum zu erwarten sein. Grosse hölzerne, erstklassige Segelschiffe und grosse eiserne Segler, beispielsweise in der Reis-, Zucker- und Getreidefracht, bringen zwar noch einigermassen gute Zinsen auf, indessen haben auch sie schwer unter der Concurrenz der Dampfschiffe zu leiden. Allerdings wird heute noch der grösste Theil aller auf dem Seezeuge beförderten Güter durch Segelschiffe expediert, indessen wird letzteren durch die beständige Zunahme der Dampfschiffe, welche um jeden Preis Beschäftigung annehmen, die Existenz von Jahr zu Jahr schwieriger gemacht. Fällt es schon eisernen und erstklassigen hölzernen Schiffen schwer, lohnende Beschäftigung zu finden, so ist dies noch mehr mit älteren Holzschiffen der Fall, die nur noch in der Petroleum- und Holzfahrt mit Erfolg zu verwenden sind. Von den 200 Segelschiffen, die Bremen besitzt, ist mehr als der dritte Theil mit dem Petroleumtransport von Nordamerika nach Europa beschäftigt. Auch dieser Hauptverkehrszweig der bremischen Segelschiffahrt ist nun vom Ruin bedroht. Bisher hatte man geglaubt, dass dieses Feld den Seglern nie streitig gemacht werden könnte. Um so grösser war die Enttäuschung, als vor einem Jahre bremische Kaufleute, dem Beispiel der Russen und Engländer folgend, den Versuch machten, Petroleum in eigens für den Oeltransport gebauten Dampfern — den sogenannten Tankdampfern — zu verschiffen. Das Resultat war ein geradezu überraschendes. Die Feuergefährlichkeit der Ladung, die auf Dampfschiffen sich nahe bei der Kesselfeuerei befinden muss, galt bisher für eine unüberwindbare Schranke gegen ein Eindringen der Dampfschiffe in dieses Gebiet. Eine einfache Trennung des Laderaumes von den Maschinen- und Kesselräumen, bewerkstelligt durch eine zwischengeschobene etwa 4 Fuss breite, von unten bis zum Oberdeck reichende leere Abtheilung, beseitigte dieses Hinderniss und nun hielt es kein Assekuradeur mehr für gefährlich, einen solchen Tankdampfer nebst seiner Ladung zu versichern. Auch Hamburg ist bemüht, in diesem Geschäft nicht hinter Bremen zurückzubleiben und hat gleichfalls Petroleum-Tankdampfer in Fahrt gesetzt. Alte Segelschiffe, welche zur Verschiffung von Baumwolle, Zucker, Reis, Getreide, Salpeter u. s. w. nicht mehr geeignet sind, werden zu Spottpreisen an skandinavische oder holländische Rieder verkauft, welche dieselben dann in die Holzfahrt nach Nordamerika oder in die Ostseefahrt zum Transport von Kohlen einstellen. Die letzterwähnten Rhedereien sind im Stande, mit diesen Schiffen noch einen kleinen Gewinn zu erzielen, einmal weil das Anlagekapital ein sehr geringes ist, andererseits weil sie gewöhnlich mit weniger Mannschaft fahren und es auch mit der Verproviantirung und Ausrüstung nicht so genau nehmen, wie deutsche Rieder.

Ausweise.

Berlin, 17. Januar. [Wochen-Uebersicht der Deutschen Reichsbank vom 15. Januar.]

Activa.

1) Metallbestand (der Bestand an coursäßigem deutschen Gelde u. an Gold in Barren oder ausländ. Münzen, das Pfund fein zu 1392 Mark berechnet)	794 349 000 M.	— 14 773 000 M.
2) Bestand an Reichs-Kassenscheinen	19 124 000	— + 591 000
3) Bestand an Noten and. Banken	11 534 000	— + 1 024 000
4) Bestand an Wechseln	513 615 000	— 18 040 000
5) Bestand an Lombardforderungen	49 991 000	— 13 200 000
6) Bestand an Effecten	6 921 000	— + 707 000
7) Bestand an sonstigen Activen	39 894 000	— 3 492 000
8) Grundkapital	120 000 000 M.	Unverändert.
9) der Reservesfonds	22 872 000	Unverändert.
10) der Betrag der umlauf. Noten	933 323 000	— 38 283 000 M.
11) die sonstigen täglich fälligen Verbindlichkeiten	350 896 000	— + 21 270 000
12) die sonstigen Passiva	1 036 000	— 237 000

Verlosungen.

* Preuss. Staats-Främmen-Anleihe von 1855. Bei der am 16. be-
gonnenen Prämienziehung wurden folgende Nummern gezogen:
à 400 Mark Nr. 115351.
à 600 Mark Nr. 33424 35780.

Courszettel der Breslauer Börse vom 17. Januar 1888.

Amtliche Course (Course von 11—12^{3/4}).

Ausländische Fonds.

Ausländische Fonds.		
vorig. Cours.	heutiger Cours.	
OestGold-Rente 4	88,50 B	88,50 B
do. Silb.-R.J.J. 4 ^{1/2}	64,6544,60 bz	64,50 B
do. do. A.O. 4 ^{1/2}	—	—
do. Pap.-R.F.A. 4 ^{1/2}	—	—
do. Loose 1860 5	111,75 B	111,75 B
Ung. Gold-Rent. 4	77,75 bzB	77,40 bz100rs,

Inländische Fonds

Inländische Fonds		
vorig. Cours.	heutiger Cours.	
D. Reichs-Anl. 4	107,50 G	107,50 B
do. do. 3 ^{1/2}	—	100,80 B
Prss. cons. Anl. 4	107,00bzB3000r	106,90 bz
do. do. 3 ^{1/2}	100,85 G	101,05 bz
do. Staats-Anl. 4	—	—
do. -Schuldsch. 3 ^{1/2}	100,50 B	100,50 B
Prss. Pr.-Anl. 5 ^{1/2}	—	—
Bresl. Stdt.-Anl. 4	104,00 B	103,80 G
Schl. Pfldbr. altl. 3 ^{1/2}	99,60 G	99,60 G
do. Lit. A. 3 ^{1/2}	99,20bz25 bzB	99,20 bz
do. Lit. C. 3 ^{1/2}	99,20bz25 bzB	99,20 bz
do. Rusticale 3 ^{1/2}	99,20bz25 bzB	99,20 bz
do. altl. 4	102,60 G	102,50 G
do. Lit. A. 4	102,60 G	102,50 G
do. do. 4 ^{1/2}	102,60 G	102,50 G
do. Rustic. II. 4	102,60 G	102,50 G
do. do. 4 ^{1/2}	102,60 G	102,50 G
do. Lit. C. II. 4	102,60 G	102,50 G
do. do. 4 ^{1/2}	102,60 G	102,50 G
do. Lit. B. 3 ^{1/2}	—	—
Posener Pfldbr. 4	102,20 bzG	102,20 bzG
do. do. 3 ^{1/2}	98,90 bzG	98,95a,95 bz
Centrallandsch. 3 ^{1/2}	—	—
Rentenbr., Schl. 4	104,10 G	104,25 B
do. Landesk. 4	—	—
do. Posener. 4	—	—
Schl. Pr.-Hilfsk. 4	102,80a,90 bz	102,85 G

Inländische Hypotheken-Pfandbriefe.

Inländische Hypotheken-Pfandbriefe.		
Schl.Bod.-Cred. 3 ^{1/2}	96,25 bz	96,25 bz
do. rz à 100 4	102,20 bz	102,35a,40 bz
do. rz à 110 4 ^{1/2}	112,20 bzGkl. 11	112,00 G
do. rz à 100 5	104,20 G	104,30 B
do. Communal. 4	101,90 B	101,90 B

Obligationen industrieller Gesellschaften.

Obligationen industrieller Gesellschaften.		
Brsl. Strssb.Obl. 4	101,90 B	101,90 B
Dnnrsmkh. Obl. 5	—	—
Henckel'sche	—	—
Part.-Obligat. 4 ^{1/2}	—	—
Kramsta. Oblig. 5	100,50 B	100,50 B
Laurahütte Obl. 4 ^{1/2}	103,10 G	103,10 G
O.S.Eis. Bd.Ob. 5	—	104,60 bzG
T-Winckl. Obl. 4	101,10 B	101,00 bz

Wechsel-Course vom 16. Januar.		
Amsterd. 100Fl. 2 ^{1/2} kS.	168,80 G	
do. do. 2 ^{1/2} M.	168,20 G	
London 1L. Strl. 3 ^{1/2} kS.	20,35 bz	
do. do. 3 ^{1/2} M.	20,26 G	
Paris 100 Fres. 3 kS.	80,55 G	
do. do. 3 M.	—	
Petersburg	5 kS.	
Warsch. 100 SR. 5 kS.	176,50 G	
Wien 100 Fl.	4 kS.	160,10 G
do. do. 2 M.	159,15 G	

à 450 Mark Nr. 1167	4076	8470	10206	16254	17576	91720	96224
125101	137266	144649					
à 390 Mark Nr. 4098	8429	16293	52559	60414	75790	92480	102974
122706	131503	138963	138999				
à 375 Mark Nr. 10277	26221	33481	51819	51840	51878	57344	62727
73093	73820	74198	80991	87230	91770	96274	102928
118980	122757	131520	144602				

Zeichen eines plötzlichen Abfallens, wie es von mancher Seite erwartet worden war. Es wird nun ein Gleisches von der nächsten Woche erwartet, aber es ist wenig Aussicht vorhanden, dass auch diesmal die Voraussetzungen sich erfüllen. Das Loco-Geschäft dieser Woche wurde durch den starken Nebel sehr gehindert und Baumwollscheine wurden durch denselben vom Einlaufen in den Hafen abgehalten. Nachrichten aus den Fabrikdistrikten lauten günstig. (B. T.)

Marktberichte.

H. Mainau.	15. Januar.	[Getreide- und Productenmarkt.]

<tbl_r cells="3" ix="5"